

Das Wunder von Paris: Fahrplan für einen postfossilen Gesellschaftsvertrag

Selten wurde eine Konferenz der Vereinten Nationen mit so vielen Hoffnungen und Befürchtungen erwartet wie die Weltklimaverhandlungen von Paris (30. 11. – 11. 12. 2015). Im Vorfeld stand ein langer Reigen von zähen oder scheiternden Zusammenkünften – es war die 21. Klimaverhandlung (United Nations Framework Convention on Climate Change, 21st Conference of the Parties, kurz: COP 21), gekoppelt mit der 11. Post-Kyoto-Runde (11th Meeting of the Parties to the 1997 Kyoto Protocol, kurz: CMP 11). Das Unwahrscheinliche ist wahr geworden: Alle 196 beteiligten Staaten haben sich auf ein Abkommen geeinigt, das die Abkehr von der fossilen Weltwirtschaft unumkehrbar als Ziel der Weltgemeinschaft verankert. Der französische Außenminister Laurent Fabius hat sich bereits in der langfristigen Vorbereitung durch zahllose bilaterale Gespräche mit den Machthabern der Welt sowie durch sensible Kommunikation zu den kritischen Themen und Positionen als meisterhafter Diplomat erwiesen. Auch Papst Franziskus spielte eine aktive Rolle in der Ermöglichung des Klimaabkommens von Paris – nicht nur durch seine Enzyklika „Laudato Si“ vom Juni 2015 sowie die intensiven Reisen, Reden und Gespräche, die sich daran anknüpften, sondern auch unmittelbar im Hintergrund der Konferenz. So wird von einem Gespräch berichtet, das er im Vorfeld der Schlussrunde mit dem Präsidenten von Nicaragua, der dem Abkommen nicht zustimmen wollte, geführt habe.¹

Der mit 31 Seiten relativ kompakte Klimavertrag von Paris hat drei zentrale Ergebnisse:

1. Die Klimaerwärmung soll auf „deutlich unter 2°C“ begrenzt werden. Hintergrund des 2-Grad-Zieles ist die inzwischen umfassend fundierte Erkenntnis der internationalen Klimaforschung, dass ab dieser Schwelle mit Kippeffekten, die zu einer nicht mehr kontrollierbaren Änderung der ökologischen Dynamik des Erdsystems führen, zu rechnen ist (z.B. Abschmelzen des sommerlichen Meereises der Arktis und des Grönlandeises, oder instabil Werden des arktisches Eises mit enormen Konsequenzen für einen Anstieg des Meeresspiegels). Die in der Klimadiplomatie neuen Worte „deutlich unter“ tragen dem Votum der pazifischen Inseln, den Klimawandel auf 1,5°C zu begrenzen, Rechnung. Die nähen Verhandlungen hierzu wurden jedoch auf einen Post-Paris-Prozess verlagert.
2. Der CO₂-Ausstoß soll in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts vollständig gestoppt werden. Zur Erreichung dieses Null-Emissions-Zieles werden auch technische Maßnahmen wie CCS (Carbon Capture and Storage) sowie die Kompensation von Emissionen durch Aufforstung zugelassen. Der Beitrag, den die einzelnen Nationen hierzu leisten sollen, wird nicht vertraglich festgeschrieben, sondern deren Selbstverpflichtung überlassen. Dabei soll es transparente und vergleichbare Messmethoden geben, zu deren Überprüfung sich die Nationen alle fünf Jahre treffen. Die erste Konferenz, die den Mechanismus der Messung festlegen soll, ist für 2016 in Marrakesch geplant. Das erste Überprüfungstreffen steht 2018 an.
3. Die Zusage umfangreicher finanzieller und technischer Unterstützung für die sogenannten Entwicklungsländer ist der dritte große Erfolg des Pariser Klimaabkommens, wenngleich die Quantifizierung der Hilfe nicht im Vertragstext selbst steht, sondern in dem sogenannten „Entscheidungstext“. Dieser definiert einen Handlungsplan bis 2020, dem Datum, zu dem der Pariser Vertrag in Kraft treten

¹ Vgl. Christoph Seidler: Papst soll sich in letzter Minute in Klimakonferenz eingeschaltet haben, Spiegel online vom 13.12. 2015.

wird. Der Entscheidungstext nennt die bereits 2009 in Kopenhagen diskutierten 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr für Katastrophenschutz und Hilfe bei Anpassungsmaßnahmen. Dem Konzept liegt das Prinzip der Haftung der Industrieländer für die wesentlich von ihnen verursachten Schäden zugrunde, auch wenn dies nicht direkt so genannt wird.

Man könnte diese drei zentralen Verhandlungsergebnisse mit einer „Roadmap“ bei Friedensverhandlungen vergleichen: Es ist ein Fahrplan, um einen Prozess wechselseitiger Verpflichtung und konkreter Umsetzung in Gang zu setzen. Definiert werden die Ziele und Verhandlungsforen. Ob, wie und wann die Ziele im Einzelnen erreicht werden können, ist noch mit vielen Fragezeichen versehen. Erreicht wurde jedoch eine gewisse Umkehr der Dynamik: Während die Staaten in der vergangenen zwanzig Jahren darum pokerten, nationale Interessen zu wahren und verbindlichen Verpflichtungen zum Klimaschutz auszuweichen, kam es nun zu einer kollektiven Selbstverpflichtung, aus der keiner ausscheren kann, ohne sich selbst ins Abseits der Weltgemeinschaft zu stellen. Damit wurde eine neue Epoche des Klimaschutzes eingeleitet, die man als „Weltvertrag“ für eine „Große Transformation“ zu einem postfossilen Wirtschaftsmodell bezeichnen kann.² Gewicht erhält der Vertrag durch die Zustimmung *aller* Nationen (beim Kyoto-Protokoll waren es – gemessen am CO₂-Ausstoß – unter 15%) sowie durch den verpflichtenden Mechanismus zur regelmäßigen Überprüfung und Nachbesserung der nationalen Klimaziele.

Freilich gilt es auch nüchtern die Grenzen der Pariser Klimaabkommens in den Blick zu nehmen: Wenn man mit Kant als Merkmal des Rechts die Befugnis zu zwingen definiert, dann hat das Abkommen nicht Rechtscharakter, sondern Moralcharakter. Die quantitativen Verpflichtungen der Staaten zur CO₂-Reduktion wurden nicht in den Vertrag aufgenommen, sondern in einem Anhang, in dem die Staaten freiwillig sich ihre jeweiligen Ziele setzen. Während Anfang Oktober erst eine kleine Anzahl von Staaten ihre Ziele offiziell gemeldet hatte, haben dies inzwischen fast alle getan. Allerdings reichen die dabei genannten Reduktionsbemühungen bei weitem nicht aus, um eine Begrenzung des Klimawandels auf „deutlich unter 2°C Erwärmung“ zu erreichen (selbst wenn die Versprechen eingehalten werden, ist mit einem globalen Temperaturanstieg von 2,7 Grad zu rechnen). Ob der pluralistisch konzipierte Reduktionsprozess im Sinne einer prozeduralen Anpassung an die Herausforderungen gelingt, bleibt abzuwarten. Nationale Wohlstandsinteressen und Ideologien waren bei den Verhandlungen nach wie vor wirksam und werden sich beim Umsetzungsprozess verstärkt bemerkbar machen. Insbesondere in den USA ist mit erheblichem Widerstand zu rechnen.

Zudem werden die Erfolge der Klimakonferenz in Paris aktuell durch eine ökonomische „Botschaft“ begleitet, die eine ganz andere Sprache spricht: Seit Jahren waren die Benzinpreise an den Tankstellen nicht mehr so billig. In der Konkurrenz um Absatzmärkte angesichts des durch Fracking erhöhten Angebotes purzeln die Preise. Wie die ehrgeizigen Ziele von Paris gegen den starken Ausbau von Kohlekraftwerken vor allem in China und Indien tatsächlich durchgesetzt werden können, bleibt ein Rätsel. Immerhin ist es erstaunlich, dass sich nun auch China in die Pflicht nehmen ließ. Wenngleich mit einigen Hintertüren, hat der finanzstarke und weltgrößte Kohlenstoffemittent signalisiert, sich nicht nur an der Abkehr von fossilen Energien, sondern auch an der Finanzierung von Katastrophenschutz und postfossiler Entwicklungsförderung in Ländern des Globalen

² Vgl. zu diesem Sprachgebrauch: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.

Südens zu beteiligen. Indien wurde durch Zusagen von Technologietransfer im Bereich nachhaltiger Energien zur Zustimmung zum Klimaschutzvertrag bewegt.

Die Gefahr, dass die Weltgemeinschaft an dem in Paris formulierten hohen Ziel scheitern wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Viele kritische Handlungsfelder wurden kaum in den Blick genommen, so beispielsweise Landwirtschaft und Welternährung, Flugverkehr und Schifffahrt sowie Fragen der Kohärenz von Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik. Auch die Vorgehensweise für den Umbau der etablierten Weltwirtschaftsordnung mit ihren Handelsregimen, globalen Spielern und sozioökonomischen Ungleichheiten bleibt im Vagen. Die Ziele und Selbstverpflichtungen von Paris sind nicht ohne eine grundlegende Transformation der Lebens- und Konsumstile zu erreichen. Damit ist auch jeder Einzelne in die Pflicht genommen.

Wichtig wird sein, dass die EU mit gutem Beispiel voran geht und Maßnahmen zur Erreichung der Emissionsminderungsziele umsetzt. Dazu gehört eine zügige und zielgerichtete Reform des EU-Emissionshandelssystems. Vor allem die Emissionen im Verkehrssektor, in der Landwirtschaft und im Gebäudebereich müssen gesenkt werden. Bewährungsprobe für die Ernsthaftigkeit der Pariser Zusagen ist die Frage, ob ein zügiger Ausstieg aus der Kohlenutzung beschlossen und gegen alle Widerstände durchgesetzt wird. Diese Punkte müssen im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung, der derzeit erarbeitet wird, eine zentrale Rolle spielen.³ Mit der im Schatten von Fukushima beschlossenen Energiewende hat Deutschland eine Führungsrolle übernommen, die auch weiterhin mit vielfältigen Konflikten verbunden sein wird. Die großen Energieunternehmen EON und RWE haben sich rechtzeitig vor Paris durch die Trennung der Geschäftsbereiche für erneuerbare von denen für fossile und nukleare Energien auf den Wandel eingestellt. Bei Licht besehen läuft diese Unternehmensstrategie aber darauf hinaus, die Kosten für die Transformation auf den Steuerzahler abzuwälzen. Auf der anderen Seite hat gerade Deutschland gute Chancen, innovative Technologien zu exportieren und ganzheitliche Modelle einer „Bioökonomie“ zu entwickeln.⁴

Dass dieser Weg auch ökonomisch sinnvoll ist, darauf verweist die Tatsache, dass dieses Jahr die Investitionen in erneuerbare Energien erstmals die Investitionen in fossile Energieträger überschreiten. Zugleich gewinnt die Divestment-Bewegung an Fahrt. Neben dem Norwegischen Pensionsfonds und vielen anderen Groß- und Kleinanlegern kündigten zuletzt auch der Allianz-Konzern und zahlreiche Unternehmen wie das *Ceres' Investor Network on Climate Risk*, das 381 Investoren mit einem Wert von 25 Mrd. US-Dollar repräsentiert, ihren Rückzug aus dem Geschäft mit fossilen Energien an. Diese Beispiele lassen hoffen, dass eine Positivspirale zur Defossilisierung der Wirtschaft in Gang gekommen ist. Die EU und Deutschland haben darüber hinaus auch eine wichtige Rolle in der Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern, um eine Synthese von Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu ermöglichen. National wie international kommt Städten und zivilgesellschaftlichen Netzwerken, die den Transformationsprozess für eine postfossile Wirtschaft beschleunigen wollen, eine wachsende Bedeutung zu.

Aus der Sicht Christlicher Sozialethik stellt sich u.a. die Frage nach der Rolle der Kirchen und den Aufgaben ethischer Reflexion im begonnenen Transformationsprozess. Die Zielkonflikte zwischen Armutsbekämpfung und Klimaschutz sowie die Frage der Zurechnung von

³ Vgl. ZdK-Stellungnahme (<http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/ZdK-begruesst-Klimaabkommen-als-Meilenstein-in-der-Geschichte-der-Klimadiplomatie--1003f/>).

⁴ Vgl. dazu die Webseiten der auf EU- und Bundesebene sowie in einigen Bundesländern eingerichteten Bioökonomieräte, z.B.: <http://www.biooekonomierat-bayern.de/>

Verantwortlichkeiten und der Transformation des Wohlstandsmodells bedürfen auch nach Paris einer vertieften ethischen Reflexion. Insbesondere in den USA hat die Umweltenzyklika eine anhaltende und grundlegende Debatte zum Klimawandel ausgelöst. Kein anderer Text hat in den letzten 20 Jahren weltweit so hohe Aufmerksamkeit erhalten. Für die informierte Öffentlichkeit neu war nicht primär, was gesagt wurde, sondern die moralische Eindringlichkeit hinsichtlich der Verknüpfung ökologischer und sozialer Fragen sowie die breite Wahrnehmung von deren kultureller und religiöser Tiefendimension. Eine wesentliche Leistung bestand und besteht in der Delegation christlich motivierter Klimaskeptiker. Bis dahin hatten die päpstlichen Lehrschreiben nicht einmal das Wort „Klimawandel“ erwähnt und damit indirekt der Leugnung der Problems Vorschub geleistet.⁵

Zwar gab es auch auf der Ebene päpstlicher Verlautbarungen bereits seit Ende der 1960er Jahre aufrüttelnde Apelle zur Schöpfungsverantwortung. Ihnen fehlte jedoch die politische Spitze und gesellschaftstheoretische Fundierung, ähnlich wie es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar eindringliche Apelle für Menschenwürde gab, jedoch kein Engagement für die Menschenrechte. Die Transformation der katholischen Soziallehre durch Integration der ökologischen Dimension ist noch fragil und steht erst am Anfang. Es bedarf einer breiten institutionellen Verankerung auch auf der Ebene sozialetischer Forschung sowie ökumenischer und interreligiöser Kooperationen, um diese zu stabilisieren. Die besondere Aufgabe und Kompetenz der Kirchen liegt darin, durch ethisch fundierte und zugleich alltagsnahe Kommunikation zu einem Kulturwandel beizutragen. Durch eigene Anstrengungen etwa im Gebäudemanagement oder in der ökosozialen Ausrichtung der Nachfrage können sie den erforderlichen Wandel erheblich unterstützen und die notwendige Glaubwürdigkeit erlangen. Die Schrift „Ethisch-nachhaltig investieren“, die die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der Katholiken im Juli veröffentlicht haben, ist ein guter Schritt zu beispielgebender Selbstverpflichtung. Ebenso der ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung.

Die Weltklimakonferenz von Paris hat Ziele und einen politischen Rahmen definiert; die Umsetzung der Postulate durch konkretes Handeln steht noch bevor. Erst wenn dieser Prozess Dynamik gewinnt, wird aus dem Klimavertrag von Paris eine historische Wende. Dass die von vielen bereits totgesagte multilaterale Verhandlungsdiplomatie nun doch noch geglückt ist, scheint wie ein kleines Wunder, oder zumindest ein Grund zu großer Dankbarkeit und Freude.

*Prof. Dr. Markus Vogt,
LMU München, Lehrstuhl Christliche Sozialethik*

⁵ Zur näheren Analyse vgl. Markus Vogt, *Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive*, 3. Aufl. München 2013.